STADT ECKERNFÖRDE

1. Änderung der Neufassung des Flächennutzungsplanes

1. Ergänzung der Neufassung des Flächennutzungsplanes
- Planfläche 1 -

zugleich

Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Windeby

1. Ergänzung der Neufassung des Flächennutzungsplanes
- Planfläche 2 -

zugleich

Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Goosefeld

ERLÄUTERUNGSBERICHT

Stand: 31. Dezember 1991

Teil 1: Erläuterung der Gesamtkonzeption

Teil 2: Erläuterung der Planänderungen

Stadt Eckernförde

1. Änderung und

1. Ergänzung des FPL '82

Teil 1

Erläuterung der
Gesamtkonzeption

Inhaltsangabe:

1. Einleitung
 - 1.1 Rahmenbedingungen
 - 1.2 Rechtliche Grundlagen
 - 1.3 Veranlassung
 - 1.4 Planungserfordernis
 - 1.5 Verfahren

2. Überörtliche Planungen
 - 2.1 Räumliche Gliederung
 - 2.2 Planungsvorgaben

3. Fortschreibung und Erläuterung der durch die Änderung bzw. Ergänzung berührten Orientierungswerte der städtebaulichen Gesamtkonzeption
 - 3.1 Bevölkerungsentwicklung
 - 3.2 Wohnungsbestand
 - 3.3 Bauflächenreserve
 - 3.4 Wohnbauflächen
 - 3.5 Verteilung der Bevölkerung
 - 3.6 Kindergärten
 - 3.7 Gewerbliche Bauflächen
 - 3.8 Grünflächen
 - 3.9 Archäologische Denkmäler
 - 3.10 Baudenkmale und Kulturdenkmale

4. Erläuterung der Stadttechnik
 - 4.1 Wasserversorgung
 - 4.2 Stromversorgung
 - 4.3 Gasversorgung
 - 4.4 Abwasserbeseitigung
 - 4.5 Beseitigung fester Abfallstoffe

5. Anhang

6. Verzeichnis der Pläne

1. Einleitung

1.1 Rahmenbedingungen

Eckernförde liegt etwa 30 km nördlich der Landeshauptstadt Kiel im östlichen Hügelland Schleswig-Holsteins an zwei wichtigen Nord-Süd-Verkehrswegen, der Bundesbahnstrecke Kiel - Flensburg und der Bundesstraße B 76 (Kiel - Schleswig - Flensburg). Südwestlich liegt Rendsburg in 26 km, nordwestlich Schleswig in 24 km Entfernung als benachbarte Mittelzentren.

Die topographische Situation ist gekennzeichnet durch die Lage der Altstadt auf einer schmalen Landenge zwischen Ostsee und Windebyer Noor und durch den Binnenhafen, der die Altstadt nach Norden begrenzt und tief in das Stadtgebiet einschneidet. Zwischen der Innenstadt und den nördlich angrenzenden Stadtteilen verbleibt eine nur ca. 200 m breite Landverbindung. Das Stadtgebiet erstreckt sich über eine Fläche von 1.796,9172 ha und zieht sich am westlichen Ende der Eckernförder Bucht entlang. Es umfaßt drei Binnenseen, das Windebyer Noor (405,2141 ha) und die beiden Schnaaper Seen, mit insgesamt 427,4473 ha, ca. 23,8 % des Stadtgebietes. Die Eingemeindung von Flächen am 01.01.1988 aus den Nachbargemeinden Windeby und Gooesfeld führte zu einer Gebietserweiterung im Süden der Stadt von 82,8987 ha. In Eckernförde leben heute ca. 22.553 Menschen auf einer Landfläche von ca. 13,7 qkm. Die Einwohnerdichte liegt mit etwa 1.640 EW/qkm über Vergleichswerten schleswig-holsteinischer Städte ähnlicher Größenordnung. 1956 waren im Stadtgebiet 5.200 Wohnungen vorhanden; am 31.12.1991 waren es 10.250, was einer Belegung von 2,24 EW/WE entspricht.

Industrie und Gewerbe sind nur in geringem Umfang vorhanden; insgesamt werden ca. 68 ha Gemeindegebietsfläche gewerblich genutzt.

Der Flächennutzungsplan (FPL) der Stadt Eckernförde, aufgestellt nach den Rechtsvorschriften des Bundesbaugesetzes 1960, wurde am 30.03.1973 wirksam. Insgesamt wurden 5 Änderungsverfahren durchgeführt. Die Neufassung des FPL trat mit der Bekanntmachung der Genehmigung am 14.10.1982 in Kraft.

1.2 Rechtliche Grundlagen

Aufgabe der Bauleitplanung ist es, die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke in der Gemeinde nach den Vorschriften des Baugesetzbuches vorzubereiten und zu leiten und damit eine geordnete städtebauliche Entwicklung in Stadt und Land zu gewährleisten.

Der Hauptleitsatz der Bauleitplanung ist in § 1 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) niedergelegt. Danach sollen die Bauleitpläne

- eine geordnete städtebauliche Entwicklung und
- eine dem Wohl der Allgemeinheit entsprechende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten und dazu beitragen,
- eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und
- die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln.

Gemäß § 1 Abs. 3 BauGB haben die Gemeinden Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist.

Der Flächennutzungsplan ist der vorbereitende Bauleitplan. Er stellt für das ganze Gemeindegebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen in den Grundzügen dar. Seine Überarbeitung und Fortschreibung ist eine ständige Aufgabe. Nach § 5 Abs. 5 BauGB ist dem Flächennutzungsplan (FPL) ein Erläuterungsbericht beizufügen.

1.3 Veranlassung

Die Gegenüberstellung der Ergebnisse der 1984 fertiggestellten Umwelterhebung der Stadt Eckernförde mit den Darstellungen der rechtsgültigen Neufassung des FPL 1982 machte deutlich, daß die durch die Planung im nördlichen Stadtteil dargestellte Bodennutzung in großen Teilen mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht in Übereinstimmung zu bringen war. Die nach der Bedarfsermittlung erforderliche Wohnbauflächenausweisung erstreckte sich vorwiegend auf landschaftsökologisch wertvolles Gebiet.

Da Alternativflächen innerhalb des Gemeindegebietes nicht zur Verfügung standen, wurden Verhandlungen über die Eingemeindung geeigneter Flächen mit den Nachbargemeinden Windeby und Goosefeld aufgenommen. Am 01.01.1988 wurden die angestrebten Gebietsänderungen rechtswirksam und damit die Voraussetzungen geschaffen, eine städtebauliche Konzeption unter Beachtung der in der Umwelterhebung 1984 festgeschriebenen ökologischen Wertmaßstäbe zu entwickeln. In ihrer Sitzung am 27.10.1988 hat die Ratsversammlung den Beschluß über die Aufstellung der 1. Änderung und 1. Ergänzung der Neufassung des FPL 1982 gefaßt. Der Planungszeitraum ist auf 15 Jahre bis zum Jahr 2006 festgelegt.

1.4 Planungserfordernis

Das Planungserfordernis gem. § 1 (3) BauGB, die Flächennutzungspläne (FPL) der Stadt Eckernförde sowie der Gemeinden Windeby und Goosefeld durch Planungsänderungen zu überarbeiten und zugleich die Neufassung des FPL 1982 der Stadt Eckernförde um die Darstellungen im Bereich der eingemeindeten Teilflächen zu ergänzen, ergibt sich aus

- der mit Wirkung vom 01.01.1988 vollzogenen Eingemeindung bebauungsfähiger Flächen im Süden der Stadt,
- der Notwendigkeit, in einigen Bereichen des FPL die Übereinstimmung mit den Darstellungen des im August 1986 von der Ratsversammlung beschlossenen städtebaulichen Rahmenplanes herbeizuführen,
- dem Bearbeitungsstand an einigen Bebauungsplänen, für deren Geltungsbereich durch Abweichungen von der bisherigen Grundkonzeption Änderungen der Darstellungen als Fortschreibung in den FPL zu übernehmen sind und
- der Forderung, gem. § 6 (4) Landschaftspflegegesetz den Inhalt des in der Aufstellung befindlichen Landschaftsplanes unter Abwägung mit den anderen bei der Durchführung des Änderungsverfahrens zu berücksichtigenden Belangen als Darstellung in den Plan aufzunehmen.

1.5 Anmerkungen zum Verfahren

Die sich aus den Vorschriften des § 204 (2) BauGB durch die Gebietsänderungen ergebende Verpflichtung,

die fortgeltenden FPL der Gemeinden Windeby und Goosefeld in Teilbereichen zu ändern, erfordert die Aufteilung des Verfahrens in drei Abschnitte. Ein Verfahrensgang beinhaltet nur die Änderungen des FPL der Stadt Eckernförde, während die beiden anderen die Ergänzungen des FPL und zugleich die Änderungen der FPL der Gemeinden Windeby und Goosefeld umfassen.

2. Überörtliche Planungen

2.1 Räumliche Gliederung

Das Gebiet des Landes Schleswig-Holstein wird im Hinblick auf unterschiedliche Gegebenheiten und die damit verbundene Notwendigkeit differenzierter Planungen und Maßnahmen durch die Karte zum Landesraumordnungsplan (LROPL) - Neufassung 1979 - in Raumkategorien gegliedert. Die Stadt Eckernförde ist den ländlichen Gestaltungsräumen zugeordnet und nach ihrer Siedlungsstruktur als Siedlungsgebiet eines Mittelzentrums eingestuft.

Nach § 13 der Landesentwicklungsgrundsätze ist das Gebiet des Landes in fünf regionale Planungsräume aufgeteilt. Danach gehört die Stadt Eckernförde dem Planungsraum III an, der aus den kreisfreien Städten Kiel und Neumünster sowie die Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön besteht.

2.2 Planungsvorgaben

Der LROPL 79 stuft die Stadt Eckernförde als zentralen Ort mit teilweise noch zu entwickelnden Funktionen eines Mittelzentrums ein und setzt fest, daß die Stadt entsprechend ihrer Lage im wichtigen Mittelraum des Landes industriell-gewerblich stärker auszubauen und daß eine ausgewogene Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs anzustreben ist.

Zu den grundlegenden Zielen des LROPL gehört der besondere Schutz der schleswig-holsteinischen Landschaft und ihrer naturgegebenen Grundlagen. Deshalb fordert er, daß bei allen Planungen und Maßnahmen störende Eingriffe in das Landschaftsgefüge auf das Mindestmaß zu beschränken und vor allem neue Bauflächen gut in die Landschaft einzubinden sind.

Der Regionalplan für den Planungsraum III, festgestellt durch Bekanntmachung vom 20.11.1975 und teilweise fortgeschrieben durch den Verbandsplan Kieler Umland 1986, nennt als Hauptziel, den die Entwicklung des Planungsraumes und damit auch weite Teile des Landes beeinflussenden Raum des Städtevierecks Kiel, Eckernförde, Rendsburg und Neumünster voll funktionsfähig zu erhalten und verstärkt weiterzuentwickeln. Die Verwirklichung soll insbesondere erreicht werden durch:

- Förderung der Ansiedlung neuer und Ausbau bestehender gewerblicher Betriebe;

- Ausbau der Naherholungs- und Fremdenverkehrseinrichtungen;
- Weitere Verbesserung der überregionalen Verkehrsanbindung, insbesondere auch im Bereich des schienegebundenen Verkehrs und Verbesserung der innerregionalen Verkehrserschließung;
- Ausbau von Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs für den Raum des Städtevierecks, um die anzustrebende stärkere Verflechtung dieses Raumes zu begünstigen.

3. Fortschreibung und Erläuterung der durch die Änderung bzw. Ergänzung berührten Orientierungswerte der städtebaulichen Gesamtkonzeption

3.1 Entwicklung der Bevölkerung im Stadtgebiet

3.1.1 Zeitraum von 1769 bis 1969:

Die nachfolgende Entwicklungsübersicht zeigt, daß die Bevölkerung der Stadt zwischen 1769 und 1925 langsam und ziemlich gleichmäßig angestiegen ist.

Die Eingemeindung des Ortsteiles Borby mit etwa 2.000 Einwohnern am 01.04.1934 bewirkte einen ersten sprunghaften Anstieg der Bevölkerung. Ein außergewöhnliches Anwachsen ist außerdem seit 1935 zu verzeichnen. Nach einem leichten Absinken im Jahre 1942 erreicht die Einwohnerzahl Eckernfördes 1944 mit 16.544 einen ersten Höhepunkt, um dann 1945 innerhalb eines Jahres lawinenartig auf 26.187 anzuschwellen.

Der erste starke Zuwachs bis zum Jahre 1944 ist auf die durch den Krieg bedingte Erweiterung der Torpedoversuchsanstalt und die damit verbundene Zuwanderung von Facharbeitern und Technikern zurückzuführen. Das völlig unorganische Wachstum von 1945 wurde durch den gegen Ende des Krieges einsetzenden Flüchtlingsstrom ausgelöst.

Abwanderungen und planmäßige Umsiedlung brachten in den folgenden Jahren einen Rückgang der Einwohnerzahl mit sich. 1957 ist ein neuer Tiefstand zu verzeichnen, dem in den Jahren 1958 und 1959 durch Ansetzen junger Industriebetriebe und den Aufbau der Bundeswehr ein Wiederanstieg folgt.

Seit 1964 bis 1970 bewegt sich die Zahl der Einwohner ständig über der Grenze von 21.000.

Jahr 31.12.	Einwohner	Veränderungen
1769	2.091	
1803	2.922	+ 831
1835	3.908	+ 986
1845	3.817	- 91
1855	3.931	+ 114
1867	4.953	+ 1.022
1875	4.946	- 7
1885	5.538	+ 592
1895	6.378	+ 840
1900	6.719	+ 340
1905	7.088	+ 369
1910	6.797	+ 291
1915	6.686	- 111
1925	7.328	+ 642
1933	7.920	+ 592
1934	10.280	+ 2.360
		(Eingemein- dung Borby)
1935	10.424	+ 144
1940	15.581	+ 5.157
1942	15.680	+ 99
1944	16.544	+ 864
1945	26.187	+ 9.643

Jahr 31.12.	Einwohner	Veränderungen
1950	23.724	- 2.463
1955	20.220	- 3.504
1957	19.888	- 332
1958	19.953	+ 65
1959	20.352	+ 399
1960	20.368	+ 16
1964	21.535	+ 1.167
1965	21.675	+ 140
1969	21.971	+ 296

Bevölkerungszunahme insgesamt + 19.880 EW
(Quellen: Grundlagenermittlung FPL 1973, Stat. LA.)

3.1.2 Zeitraum von 1970 bis 1986:

Die Bevölkerungsentwicklung in diesen Jahren zwischen zwei Volkszählungen ist, wie die folgende Übersicht zeigt, gekennzeichnet durch einen steten Aufwärtstrend.

Lediglich in den Jahren 1971, 1978 und 1980 sind leichte Rückgänge zu verzeichnen gewesen.

Jahr 31.12.	Einwohner	Veränderungen
1970	21.299	
1971	21.095	- 204
1972	21.301	+ 206
1973	21.641	+ 340
1974	22.707	+ 1.066
		(Eingemein- dung: 565 EW)
1975	22.938	+ 231
1976	23.078	+ 140
1977	23.149	+ 71
1978	23.064	- 85
1979	23.165	+ 101
1980	23.081	- 84
1981	23.155	+ 74
1982	23.244	+ 89
1983	23.401	+ 157
1984	23.840	+ 439

Jahr 31.1	Einwohner	Veränderungen
1985	24.112	+ 272
1986	24.470	+ 358
Bevölkerungszunahme insgesamt		+ 3.171 EW
(Quellen: Stat.LA.)		

3.1.3 Planungsrelevanter Zeitraum von 1980 bis 1989 unter Berücksichtigung der in Verbindung mit der Volkszählung 1987 rechtswirksam gewordenen Änderungen im Meldewesen:

Die nachfolgende Übersicht verzichtet - weil ein Vergleich mit den Zahlen aus den Vorjahren wegen der veränderten Voraussetzungen nicht möglich ist - auf eine Gegenüberstellung der Bevölkerungszahlen.

Es sind nur die Veränderungen aufgeführt, um den Gesamtzuwachs darzustellen.

Die Auswirkung der Grundlagenveränderung wird durch folgende Zahlen deutlich gemacht.

Die Einwohnerzahl betrug lt.

Meldekartei am 24.05.1987	:	24.616 EW
lt. Volkszählung am 25.05.1987:		<u>21.733 EW</u>
Differenz	:	- 2.883 EW

Veränderungen

1982	:	+ 89 EW
1983	:	+ 157 EW
1984	:	+ 439 EW
1985	:	+ 272 EW
1986	:	+ 358 EW
1987	:	+ 248 EW
		(am 31.12.1987 : 21.836)
1988	:	+ 361 EW
		(am 31.12.1988 : 22.197)

Veränderungen

1989	:	+	150 EW
			(am 31.12.1989
			: 22.347)
			(bis 30.05.1990
			: 22.420 - ge-
			schätzt)
1990	:	+	79 EW
			(am 31.12.1990
			: 22.426)
1991	:	+	127 EW
			(bis 31.12.1991
			: 22.553 - ge-
			schätzt)
<hr/>			
Gesamt:		+	2.280 EW

Der Anstieg der Bevölkerungszahl um 2.280 EW in den vergangenen 10 Jahren ergibt einen Mittelwert von + 228 Einwohnern jährlich. Das bedeutet in diesem Zeitraum eine Zunahme von ca. 10 % bzw. einen jährlichen Zuwachsanteil von 1 %. Von der amtlich festgestellten Einwohnerzahl per 31.12.1990 mit 22.426 auf der Grundlage der neuen Rechtsvorschriften bis zum 31.12.1980 zurückgerechnet, ergibt das eine Annahme von 20.241 Einwohnern.

Die Veränderungen in den vergangenen 5 Jahren von 1987 bis 31.12.1991 machen die Bevölkerungszunahme besonders deutlich:

1987	:	+	248 EW
1988	:	+	361 EW
1989	:	+	150 EW
1990	:	+	79
1991	:	+	127 EW
<hr/>			
Gesamt	:	+	1.965 EW

Die Zunahme um 965 Einwohner bedeutet in diesem Zeitraum einen Anstieg um 4,4 % bzw. einen jährlichen Zuwachsanteil von 0,88 %.

3.2 Angaben zum Wohnungsbestand (Stichtag: 25. Mai 1987)

Auswertung der im Gemeindeblatt des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein veröffentlichten Zahlen der Gebäude- und Wohnungszählung 1987

3.2.1 Wohngebäude

Von den im Stadtgebiet vorhandenen 4.260 Wohngebäuden sind

564 : 70 Jahre und älter (13 %)
 1.031 : 40 bis 70 Jahre alt (24 %)
 1.390 : 20 bis 40 Jahre (33 %)
 1.275 : bis 20 Jahre alt (30 %)

Die Gliederung der Gebäude nach der Zahl der Wohnungen zeigt folgendes Ergebnis:

2.710 : 1 Wohnung (64 %)
 580 : 2 Wohnungen (14 %)
 730 : 3 bis 6 Wohnungen (17 %)
 240 : 7 und mehr Wohnungen (5 %)

3.2.2 Wohnungen

Von den 9.755 Wohnungen (ohne Freizeitwohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung) sind insgesamt 5.887 WE (60 %) in Gebäuden mit 3 und mehr Wohnungen untergebracht. 3.868 WE (40 %) sind demnach in Gebäude mit einer bzw. zwei Wohnungen anzutreffen. 5.394 WE sind reine Mietwohnungen.

Die Gliederung der Wohnungen nach dem Alter der Gebäude ergibt folgende Vergleichszahlen:

1.280	:	70 Jahre und älter	(13 %)
1.606	:	40 bis 70 Jahre alt	(17 %)
3.783	:	20 bis 40 Jahre alt	(39 %)
3.086	:	bis 20 Jahre alt	(31 %)

3.2.3 Haushalte

Im Stadtgebiet sind 9.891 Privathaushalte (ohne Wohnheime) vorhanden. Somit wohnen rechnerisch durchschnittlich 2,20 Personen in einem Haushalt, dies bestätigt die unter Ziff. 3.4.2 ermittelte Belegungsziffer. Die Gliederung nach der Zahl der Personen:

3.630	:	1 Person	(37 %)
3.010	:	2 Personen	(30 %)
1.577	:	3 Personen	(16 %)
1.674	:	4 Personen und mehr	(17 %)

3.3 Noch verfügbare Bauflächenreserve im Innenbereich

Grundlage: Bestandsaufnahme, Karte 1,
M. 1 : 5.000, Stand: 30.06.1990
Erläuterung: N : Planteil Nord, S : Planteil Süd
BPL : Bebauungsplan,
FPL : Flächennutzungsplan

Auswertung der Plandarstellung:

3.3.1 Leerflächen im Geltungsbereich von Bebauungsplänen (§ 30 BauGB)

Der überschlägigen Ermittlung, die getrennt nach den festgesetzten Baugebieten vorgenommen wurde, lag ausschließlich das o. g. Kartenwerk i. M. 1 : 5.000 zugrunde.

Die Restbaufläche BPL Nr. 19/2 - Püschelwinke - wurde nur nachrichtlich in die Karte aufgenommen und die Daten wurden ohne Kennziffer der Zusammenstellung angefügt.

Kennz.	Lagebezeichnung	Flächengröße	Baugebiet	Wohneinheiten
N 1.1	BPL Nr. 16	0,23 ha	WR	10 WE
N 1.2	BPL Nr. 2/1	0,07 ha	WA	1 WE
N 1.3	BPL Nr. 26	0,10 ha	WA	3 WE
N 1.4	BPL Nr. 26	0,11 ha	WA	3 WE
N 1.5	BPL Nr. 3	0,07 ha	WR	1 WE
N 1.6	BPL Nr. 3	0,13 ha	WR	2 WE
N 1.7	BPL Nr. 3	0,24 ha	WR	5 WE
N 1.8	BPL Nr. 4/7.1	0,25 ha	SSO	-
S 1.1	BPL Nr. 20	0,29 ha	MI	8 WE
S 1.2	BPL Nr. 8/1	0,05 ha	WR	1 WE
S 1.3	BPL Nr. 14/4	0,09 ha	WR	3 WE
S 1.4	BPL Nr. 10	0,27 ha	WA	3 WE
S 1.5	BPL Nr. 10	0,25 ha	WA	8 WE
S 1.6	BPL Nr. 14/3	0,30 ha	GE	
S 1.7	BPL Nr. 21	1,32 ha	GE	
S 1.8	BPL Nr. 21	0,25 ha	GE	
S 1.9	BPL Nr. 21	0,06 ha	WR	1 WE
S 1.10	BPL Nr. 21	0,23 ha	WR	6 WE
S 1.11	BPL Nr. 5/3	0,12 ha	MI	3 WE
S 1.12	BPL Nr. 6	0,10 ha	W	2 WE
S 1.13	BPL Nr. 6	0,06 ha	W	2 WE
Restbau- fläche	BPL Nr. 19/2 (N)	0,40 ha	WR	20 WE
Wohnbauflächen und gemischte Bauflächen:		2,87 ha		82 WE
davon im Norden:		1,35 ha		45 WE
davon im Süden:		1,52 ha		37 WE
Gewerbliche Bauflächen:		1,87 ha		
davon im Norden:		--		
davon im Süden:		1,87 ha		

3.3.2 Baulückenflächen außerhalb von Bebauungsplänen (§ 34 BauGB)

Die Leerflächen mit Baurecht wurden nach dem Vergleich mit der Örtlichkeit in die Karte übertragen.

N 2.1	Saxtorfer Weg	0,05 ha	WA	1 WE
N 2.2	G.-Frenssen-Straße	0,07 ha	WR	1 WE
N 2.3	Riesebyer Straße	0,11 ha	WR	2 WE
N 2.4	Irenestraße	0,07 ha	WR	1 WE
N 2.5	Johann-Hinrich-Fehrs-Weg	0,08 ha	WR	2 WE
S 2.1	Auf der Höhe	0,11 ha	WR	2 WE
S 2.2	Am Eichberg	0,08 ha	WR	1 WE
Wohnbauflächen und gemischte Bauflächen:		0,57 ha		10 WE
davon im Norden:		0,38 ha		7 WE
davon im Süden:		0,19 ha		3 WE

3.3.3 Untergenutzte Flächenanteile (§§ 30, 34 BauGB)

Hierunter sind Flächen erfaßt, die ohne oder mit geringem städtebaulichen Planungsvorlauf aktiviert werden können. Sie bilden aufgrund unausgeschöpften bestehenden Baurechts eine Bauflächenreserve, die in der Regel von den Grundstückseigentümern ohne besonderen städtebaulichen Planungsaufwand genutzt werden kann.

N 3.1	B-Plan Nr. 1	0,56 ha	GI	-----
N 3.2	B-Plan Nr. 1	0,22 ha	GI	-----
N 3.3	B-Plan Nr. 1	0,53 ha	GI	-----
N 3.4	Bystedtredder	0,10 ha	WR	1 WE
N 3.5	Bystedtredder	0,14 ha	WR	2 WE
N 3.6	Bgm.-Heldman-Str.	0,08 ha	WR	1 WE
N 3.7	Pferdemarkt	0,30 ha	WA	15 WE
N 3.8	Pferdemarkt	0,15 ha	WA	3 WE
N 3.9	Mühlenberg	0,10 ha	MI	5 WE
N 3.10	Vogelsang	0,10 ha	WA	2 WE
N 3.11	Gahtjestraße	0,12 ha	MI	6 WE
N 3.12	Fischerstraße (M)	0,02 ha	MK	2 WE
N 3.13	Gudewerdstr. (M)	0,03 ha	MK	3 WE

S 3.1	Rendsburger Str.	0,10 ha	GE	-----
S 3.2	Klintberg	0,08 ha	WR	1 WE
S 3.3	B-Plan Nr. 21	1,20 ha	GE	

Wohnbauflächen und
gemischte Bauflächen: 1,22 ha 41 WE

davon im Norden: * 1,09 ha 35 WE

davon im Süden: 0,08 ha 1 WE

in der Stadtmitte (M): 0,05 ha 5 WE

gewerbliche Bauflächen: 2,61 ha

davon im Norden: 1,31 ha

davon im Süden: 1,30 ha

(*: und im nördlichen Innenstadtbereich)

3.3.4 Umstrukturierungsflächen (§ 1 (3) BauGB)

In die Karte aufgenommen und durch die Auflistung erfaßt sind die Flächenanteile, deren Ausschöpfung einen erheblichen städtebaulichen Planungsvorlauf erfordert.

Ausgewertet wurden nur die Flächen, deren Erschließung und bauliche Nutzung im Planungszeitraum realisierbar erscheinen.

N 4.1	Saxtorfer Weg	1,46 ha	WA	40 WE	BPL Nr. 19/3
N 4.2	Norderstraße	0,56 ha	WR	11 WE	BPL Nr. 38
N 4.3	Feldweg	(0,23 ha)	WR	(4 WE)	vorerst nicht zu realisieren, B-Plan in Aufstellung
N 4.4	Prinzenstraße	(2,40 ha)	WR	(45 WE)	vorerst nicht zu realisieren
N 4.5	Pferdemarkt	1,05 ha	WA	80 WE	BPL-Nr. 4/8.1
N 4.6	Schiffbrücke (M)	(0,40 ha)	MK	(70 WE)	vorerst nicht zu realisieren
N 4.7	Feldweg	0,60 ha	WA	2 WE	
S 4.1	Kakabellenweg	0,45 ha	WA	9 WE	
S 4.2	Domstag	0,35 ha	WA	7 WE	
Wohnbauflächen:		(6,96 ha)		(268 WE)	
im Planungszeitraum zu realisieren		3,93 ha		149 WE	
davon im Norden: *		3,13 ha		133 WE	
davon im Süden:		0,80 ha		16 WE	

(*: und im nördlichen Innenstadtbereich)

3.3.5 Zusammenfassung

(A)	Wohnbauflächen und gemischte Bauflächen		
(3.3.1)	Leerflächen im Geltungsbereich von B-Plänen (§ 30 BauGB)	: 2,87 ha	82 WE
(3.3.2)	Baulückenflächen außerhalb von B-Plänen (§ 34 BauGB)	: 0,57 ha	10 WE
(3.3.3)	Untergenutzte Flächenanteile (§§ 30, 34 BauGB)	: 1,22 ha	41 WE
(3.3.4)	Umstrukturierungsflächen (§ 1 (3) BauGB)	: (6,96 ha)	(268 WE)
	Im Planungszeitraum reali- sierbar	: <u>3,93 ha</u>	<u>149 WE</u>
(A)	GESAMT	: 8,59 ha	282 WE
			=====
	davon im Norden (N)*	: 5,95 ha	220 WE
	davon im Süden (S)	: 2,59 ha	57 WE
	in der Stadtmitte (M)	: 0,05 ha	5 WE
	(*: und im nördlichen Innenstadt- bereich)		
(B)	Gewerbliche Bauflächen		
(3.3.1)	Leerflächen im Geltungs- bereich von B-Plänen (§ 30 BauGB)	: 1,87 ha	
(3.3.2)	Baulückenflächen außer- halb von B-Plänen (§ 34 BauGB)	: -----	
(3.3.3)	Untergenutzte Flächen- anteile (§§ 30, 34 BauGB)	: 2,61 ha	
(3.3.4)	Umstrukturierungsflächen (§ 1 (3) BauGB)	: -----	
(B)	GESAMT	: 4,48 ha	
			=====
	davon im Norden:	: 1,13 ha	
	davon im Süden:	: <u>3,17 ha</u>	
(C)	Sonderbauflächen in Stadtmitte	: <u>0,25 ha</u>	
(C)	GESAMT	: 0,25 ha	
			=====
A, B und C	GESAMT	: 13,32 ha	
			=====

(D) Flächenzuordnung

Von den ca. 13,30 ha Bauflächenreserven im Innenstadtbereich der Stadt befinden sich:
 7,26 ha im nördlichen und
 5,76 ha im südlichen Stadtteilbereich;
 0,30 ha in der Stadtmitte (M).

Die möglichen ca. 280 WE verteilen sich mit
 ca. 220 Wohneinheiten auf den Norden
 ca. 55 Wohneinheiten auf den Süden und
 ca. 5 Wohneinheiten auf die Stadtmitte (M).

3.4 Ermittlung der plandarzustellenden Wohnbauflächen

3.4.1 Wohnungsbestand (WE)

Ermittelt auf der Grundlage des vorliegenden Erhebungsergebnisses der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 und durch die Auswertung des Meldeergebnisses der Baugenehmigungsbehörde für die Jahre 1987/90.

Bestand am 25.05.1987 (Pos. 9 GBL) (Stichtag der Wohnungszählung)	:	9.849 WE (Wohnungseinheiten)
Zugang bis zum 31.12.1991	:	511 WE
Bestand am 31.12.1991	:	10.360 WE
abzüglich Freizeitwohnungen Pos. 16 GBL)	:	<u>110 WE</u>
Bestand am 31.12.1991 als Planungsgrundlage	:	10.250 WE =====

3.4.2 Belegungsziffer (EW/WE)

Die Einwohnerzahl betrug am 25.05.1987 (Stichtag der Volkszählung): 21.734. Am 30.09.1991 hatte sich diese Zahl nach den Angaben des Statistischen Landesamtes um 819 Personen auf 22.521 EW erhöht; hochgerechnet zum 31.12.1991 ergibt sich eine Einwohnerzahl von 22.553.

Als Planungsgrundlage ergibt sich somit eine Bevölkerungszahl von 22.553 EW.

Der daraus ermittelte Belegungsrichtwert (31.12.1991) beträgt:

$22.553 \text{ EW} / 10.250 \text{ WE} = 2,20 \text{ EW/WE}$. Bei der Neufassung des FPL 1982 wurde von einem Mittelwert von 2,40 EW/WE ausgegangen. Für die Fortschreibung der Bedarfsermittlung wird ein Planungswert von 2,19 EW/WE zugrunde gelegt. Ein leichter Rückgang der Wohnungsbelegung im Planungszeitraum wird erwartet, weil die Anzahl der 1-Personen-Haushalte ständig wächst.

3.4.3 Bedarfsermittlung

(1) Neubedarf

Ausgehend von einer leicht steigenden Bevölkerungszahl von durchschnittlich 0,7 % gegenüber den Vorjahreszahlen wird sich die Einwohnerzahl Eckernfördes im Planungszeitraum (15 Jahre seit 31.12.1991) bis zum Jahre 2006 auf ca. 25.000 EW erhöhen. Für die Ermittlung des Neubedarfs wird diese Größe als Orientierungsrahmen für die Einwohnerentwicklung vorgegeben.

$$\text{Bedarf gesamt: } \frac{25.000 \text{ EW}}{2,19 \text{ EW/WE}} = 11.415 \text{ WE}$$

$$\begin{array}{rcl} \text{abzüglich Bestand} & : & \underline{10.250 \text{ WE}} \\ \text{Wohnungsneubedarf} & . & 1.165 \text{ WE} \end{array}$$

(2) Ersatzbedarf

Unter Berücksichtigung der durchgeführten Sanierungsvorhaben wird die im LROPL 1979 genannte Richtzahl von 0,5 % pro Jahr nicht voll in Ansatz gebracht, sondern die Einschätzung des Ersatzbedarfs mit Bauflächenanspruch mit etwa 0,2 % jährlich während des Planungszeitraumes vorgenommen.

(0,2 % x 15 Jahre = 3 %)		
3 % / 10.250 WE	=	307 WE
zur Aufrundung	=	<u>3 WE</u>
	=	310 WE

(3) Zusammenstellung

Neubedarf	=	1.165 WE
Ersatzbedarf	=	<u>310 WE</u>
Bedarf im Planungszeitraum	=	1.475 WE

3.4.4 Wohnbauflächenreserve

Im Innenbereich der Stadt noch verfügbare Wohnbauflächen (Ermittlung s. Ziffer 3.3.5).

- Leerflächen im Geltungsbereich von BPL (§ 30 BauGB)	=	82 WE
- Bauflächenlücken außerhalb von BPL (§ 34 BauGB)	=	10 WE
- Untergenutzte Flächenanteile (§§ 30, 34 BauGB)	=	41 WE

- Umstrukturierungsflächen (§ 1 (3) BauGB)	=	<u>149 WE</u>
Insgesamt noch verfügbare Wohnbau- flächendarstellung im FPL für die Errichtung von	=	282 WE =====

3.4.5 Wohnbauflächendarstellung

Bei der 1. Änderung und 1. Ergänzung der Neu-
fassung des Flächennutzungsplanes 1982 sind
zukünftig zu bebauende Wohnbauflächen darzu-
stellen in einer Größenordnung für: (1.475 -
282) 1.193 WE, das entspricht bei einer ange-
nommenen Bruttowohnungsdichte von ca. 24 WE/ha
einer Bruttowohnbaufläche von ca. 50 ha.

Die Nettowohndichte wird bei einer gemischten
eingeschossigen freistehenden und einer zwei-
geschossigen verdichteten Bebauung (auch Miet-
wohnungsbau) bei etwa 80-90 EW/ha liegen. Der
üblicherweise erreichbare GFZ-Mittelwert dürf-
te 0,35-0,40 betragen.

Die nachstehend bezeichneten Bauflächendar-
stellungen decken den ermittelten Bedarf ab.
Aus Gründen der Landschaftspflege und des
städtebaulichen Zusammenhangs wird für die 4
neuen Baugebiete im Süden der Stadt (EG 1,
EG 2, S 17.1 und S 17.2) eine am Bedarf orien-
tierte abschnittsweise Erschließung und Be-
bauung festgelegt (1. bis 4. Abschnitt).

Durch die konsequente Ausschöpfung der Bauflächenreserven im Bereich der bereits vorhandenen Baugebiete und durch die Vorgabe für eine Neuerschließung in behutsamen Schritten wird dem Gebot eines sparsamen und schonenden Umgangs mit Grund und Boden gem. § 1 (5) BauGB entsprochen.

N 2	:	3,0 ha	70 WE	BPL Nr. 34
N 4.1	:	3,0 ha	70 WE	BPL Nr. 37/2 (Holacker II)
N 4.2	:	5,0 ha	120 WE	BPL-Nr. 2/2 (Schleswiger Str. II)
N 5.1	:	4,0 ha	96 WE	BPL-Nr. 39 (Steenbek)
N 5.2	:	1,0 ha	21 WE	Prinzenstraße
EG 1	:	7,0 ha	168 WE	Eingemeindung, Planfläche 1 (3. Abschnitt)
EG 2	:	10,0 ha	240 WE	Eingemeindung, Planfläche 2 (1. Abschnitt)
S 17.1	:	11,0 ha	264 WE	Domsland, Baufläche 1 (4. Abschnitt)
S 17.2	:	6,0 ha	144 WE	Domsland, Baufläche 2 (2. Abschnitt)

GESAMT : 50,0 ha 1.193 WE

=====

davon im Norden der Stadt: 377 WE (einschl. 80 WE Ersatzbedarf)
davon im Süden der Stadt: 816 WE (einschl. 80 WE Ersatzbedarf)

Die insgesamt 160 WE aus dem Ermittlungsansatz "Ersatzbedarf" sind bei der nachfolgenden (Ziff. 3.5.3) Verteilung der Gesamteinwohnerzahl auf die einzelnen Stadtteilbereiche unberücksichtigt geblieben.

Durch die FPL-Änderung werden im nördlichen Stadtteilbereich die nachfolgend aufgelisteten Wohnbauflächendarstellungen aufgehoben:

Änderungsbereich	N 4	:	4 ha x 45 WE/ha	= 180 WE
	N 4.1	:	Baufläche "Holacker"	
		:	3 ha x 20 WE/ha	= 60 WE (max. 2gesch.)
	N 4.2	:	BPL Nr. 2/2	
		:	5 ha x 10 WE/ha	= 50 WE (max. 2gesch.)
	N 5	:	13 ha x 45 WE/ha	= 590 WE
	N 5.1	:	4 ha x 15 WE/ha	= 60 WE (max. 2gesch.)
	GESAMT	:		940 WE
				=====

3.5 Verteilung der Bevölkerung auf die Stadtteilbereiche3.5.1 Einwohner am 25.05.1987
(Ergebnis der Volkszählung) - Karte 3 -

Stadtteilbereich Nord

N 1	:	805	EW	
N 2	:	6.374	EW	
N 3	:	3.350	EW	
N gesamt:				10.529 EW

Stadtteilbereich Mitte

M gesamt:				1.977 EW
-----------	--	--	--	----------

Stadtteilbereich Süd

S 1	:	4.150	EW	
S 2	:	5.078	EW	
S gesamt:				<u>9.228 EW</u>

GESAMT:				21.734 EW
---------	--	--	--	-----------

3.5.2 Einwohner am 31.12.1991
(Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung 1987)

Stadtteilbereich Nord:		10.900	EW
Stadtteilbereich Mitte:		2.150	EW
Stadtteilbereich Süd:		<u>9.503</u>	EW
GESAMT		<u>22.553</u>	EW
		=====	

3.5.3 Einwohner am 31.12.2006 (Prognose)

Die im Planungszeitraum zu erwartende Erhöhung der Einwohnerzahl um ca. 2.450 führt in den einzelnen Stadtteilbereichen voraussichtlich zu folgenden Veränderungen:

Nord	:	+	650 EW	gesamt :	11.550 EW
Mitte	:	+	250 EW	gesamt :	2.400 EW
Süd	:	+	<u>1.547 EW</u>	gesamt :	<u>11.050 EW</u>
GESAMT:	:	+	2.447 EW	gesamt :	25.000 EW

3.5.4 Veränderungen der Gemeindegebietsgrößen

Jahr 31.12.	Gemeindegebiet (ha)	Veränderungen (+/- ha)
1910	893,6954	
1925	907,1979	
1933	1.004,2817	
1934	1.351,0067	Eingemeindung (1934) Borby (+ 346,7250)
1955	1.366,2670	
1965	1.405,4226	
1970	1.405,5079	
1975	1.629,8816	Eingemeindung (1973) (+ 224,3737)
1980	1.714,0185	
1985	1.714,0185	
1988	1.796,7905	
1990	1.796,9172	Eingemeindung (1988) (+ 82,8987 ha)
1991	1.796.9172	

3.6 Flächenbedarf für Einrichtungen der Jugendpflege (Kindergärten)

3.6.1 Bestandsaufnahme (Stand 31.12.1991)

Die Ausweisung neuer Wohnbauflächen mit deutlichem Übergewicht im südlichen Stadtteil und die Beachtung der politischen Zielvorgabe, eine Angebotsquote von 95 % (entspricht einer Vollversorgung mit Kindergartenplätzen, nach Ermittlungen des Städtebundes Schleswig-Holstein) zu realisieren, macht im Planungsumfeld der den sozialen Zwecken dienenden Gebäude und Einrichtungen eine Überprüfung der Flächendarstellung für die Errichtung von Kindergärten notwendig.

Im Stadtgebiet sind Kindergärten mit einem Platzangebot wie folgt vorhanden:

a) Stadtteil Nord	vorm./nachm.
1. Städtischer Kindergarten Richard-Vosgerau-Straße	: 60/20 Pl.
2. Städtischer Kindergarten Schleswiger Straße	: 60/20 Pl.
3. Kirchlicher Kindergarten Borby, Norderstraße	: 50 Pl.
4. Dänischer Kindergarten Saxtorfer Weg	: 40 Pl.
5. Privater Kindergarten Rosseer Weg	: 17 Pl.
6. Betriebskindergarten Kreiskrankenhaus	: <u>15 Eck.</u>
Nord gesamt	: 227 Pl.
b) Stadtteil Mitte	
7. Städtischer Kindergarten Jungfernstieg	: 40 Pl.
8. Waldorfkindergarten Pastorengang	: 65 Pl.
9. Dänischer Kindergarten Noorstraße	: <u>45 Pl.</u>
Mitte gesamt	: 150 Pl.

c) Stadtteil Süd

9. Städtischer Kindergarten Brennofenweg (mit inte- grativen Gruppen)	:	90/20 Pl.
10. Kirchlicher Kindergarten Wulfsteert	:	<u>60/20 Pl.</u>
Süd gesamt	:	190 Pl.
Insgesamt im Stadtgebiet	:	622 Pl.

Der Anteil der 3- bis 5jährigen Kinder an der Gesamtbevölkerung (22.553 EW) betrug am 31.12.1991 : $704 = 3,1 \%$.

Die Angebotsquote betrug bei 622 Pl. = 88 %.

3.6.2 Bedarfsermittlung

Für die nachfolgende Ermittlung wird ein Anteil von 1 % pro Kindergartenjahrgang an der Gesamtbevölkerung als Richtwert angenommen. Es wird davon ausgegangen, daß die Verteilung der Kinder dieser Jahrgänge auf das Stadtgebiet eine gleichmäßige ist.

Stadtteil Nord:

vorhandene Kindergartenplätze	:	282 Pl.
zukünftig erforderlich	:	
11.550 x 95 % (Faktor) x 3 %	:	<u>329 Pl.</u>
Fehlbedarf	:	- 47 Pl.

Stadtteil Mitte:

vorhandene Kindergartenplätze	:	150 Pl.
zukünftig erforderlich	:	
2.400 x 95 % (Faktor) x 3 %	:	<u>68 Pl.</u>
Überschuß	:	+ 82 Pl.

Stadtteil Süd:

vorhandene Kindergartenplätze	:	190 Pl.
zukünftig erforderlich		
11.050 x 95 % (Faktor) x 3 %	:	<u>315 Pl.</u>
Fehlbedarf	:	- 125 Pl.

Insgesamt steht den vorhandenen 622 Kindergartenplätzen ein zukünftiger Bedarf von 712 Plätzen gegenüber. Die Planung hat somit einen Fehlbedarf an Flächen für die Errichtung von Anlage und Einrichtungen in der Größenordnung von mindestens 90 Kindergartenplätzen zu beachten.

3.6.3 Planungskonzept

a) Stadtteil Nord

Der ermittelte Fehlbedarf von 47 Pl. wird durch die Darstellung einer Gemeinbedarfsfläche "Kindergarten/Jugendheim" im Baugebiet "Schleswiger Straße" (Änderungsbereich N 4.2) für eine Einrichtung bis zu 40 Kindergartenplätzen und weiteren Einrichtungen und durch die Anrechnung eines Anteiles von 7 Pl. aus dem "Überschuß Stadtmitte" ausgeglichen.

b) Stadtmitte

Von den den Bedarf überschreitenden 82 Kindergartenplätzen werden anteilig 7 Pl. dem nördlichen und 65 Pl. dem südlichen Stadtteilbereich zugeordnet. Somit verbleiben 10 Pl. Überschuß

c) Stadtteil Süd

Die zusätzlich erforderlichen 125 Pl. werden im Rahmen der FPL-Änderung und -Ergänzung durch die Ausweisung einer Fläche für den Gemeinbedarf "Kindergarten" in der Baufläche EG.2 (1. Abschnitt) für eine Einrichtung bis zu 60 Pl. planerisch beachtet. Die fehlenden 65 Pl. werden durch die Anrechnung der über den Bedarf hinausgehenden Kindergartenplätze in der Stadtmitte ausgeglichen.

3.7 Ermittlung der plandarzustellenden gewerblichen Bauflächen

3.7.1.1 Bauflächenreserve - Gewerbe -

Von den plandargestellten gewerblich zu nutzenden Flächen im Innenbereich sind noch verfügbar:

- Leerflächen im Geltungsbereich von BPL
(§ 30 BauGB)

BPL Nr. 14/3	:	0,30 ha (GE)
BPL Nr. 21	:	1,57 ha (GE)

- Untergenutzte Flächenanteile (§§ 30, 34 BauGB)

BPL Nr. 1	:	1,31 ha (GI)
Rendsburger Straße	:	0,10 ha (GE)
BPL Nr. 21	:	<u>1,20 ha (GE)</u>

- Gesamt : 4,48 ha
 davon im Norden: 1,31 ha
 davon im Süden : 3,17 ha

3.7.1.2 Bauflächenreserve - Sonderbaufläche -

BPL Nr. 4/7.1 : 0,25 ha (SSO-Hafen)

3.7.2 Wirtschaftliche Struktur

Der tertiäre Bereich (Handel, Dienstleistungen und öffentliche Verwaltung) prägt die Wirtschaftsstruktur der Stadt. Die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 zeigen starke Veränderungen gegenüber der Erhebung 1970. Die Arbeitsstätten sind von 760 auf 945, die Beschäftigtenzahlen von 9.664 auf 10.062 angewachsen. Der Anteil der beschäftigten Frauen stieg in diesem Zeitraum um 720 auf insgesamt 4.132 = 41,1 %.

Der sekundäre Bereich (produzierendes Gewerbe, Handwerk und Baugewerbe) hat gegenüber dem tertiären Bereich einen Rückgang zu verzeichnen. Betrug der Anteil 1970 noch 33,9 % aller Beschäftigten, so ging er 1987 auf 23,1 % = 2.326 zurück.

Der 1970 verzeichnete negative Pendler - Saldo hat sich zu einem Einpendler - Überschuß von 4.665 - 2.374 = + 2.291 gewandelt.

1987 hatten von den insgesamt 945 Arbeitsstätten 769 = 81,4 % lediglich bis zu 9 Beschäftigte, die Gesamtzahl der Beschäftigten in diesen Kleinbetrieben betrug 2.575 = 25,6 %.

In den verbleibenden 176 Betrieben = 18,6 %
mit 10 und mehr Arbeitnehmern arbeiteten
7.487 Personen, also 74,4 % aller Beschäftigten.

Arbeitsstättenzählung 1970/1987

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigtenzahlen			
	1970	v. H.	1987	v. H.
Produzierendes Gewerbe und Handwerk:	2.337	24,2	1.564	15,5
Baugewerbe:	942	9,7	762	7,6
Handel:	1.510	15,6	1.607	16,0
Dienstleistungen:	1.720	17,8	2.501	24,9
Gebietskörperschaften, Behörden:	3.155	32,7	3.628	36,0
	9.664	100,0	10.062	100,0

Eckernförde ist Schwerpunkt im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Die Förderung der Einrichtung, des Ausbaues, der Umstellung oder der grundlegenden Rationalisierung von Gewerbebetrieben ist Ziel dieser Aufgabe nach Artikel 91 a Abs. 1 des Grundgesetzes. Zur Durchführung der Gemeinschaftsaufgabe werden Rahmenpläne aufgestellt, die in den einzelnen regionalen Aktionsprogrammen die Förderungspräferenzen nach Schwerpunkttorten ausweisen. Die Nachbarstädte Kiel, Neumünster, und Rendsburg erhalten als B-Schwerpunkte eine Förderungspräferenz von 18 %, Eckernförde als C-Schwerpunkt hingegen 15 %.

Die negative Auswirkung der geringeren Förderung auf die Bemühungen der Stadt, die Ansiedlung neuer Betriebe zu erreichen, muß durch Standortvorteile ausgeglichen werden.

Durch die FPL-Änderung sollen dafür die stadtplanerischen Voraussetzungen geschaffen werden.

Die Städte Kiel, Eckernförde, Rendsburg und Neumünster haben sich zum "Verein zur Förderung der technologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit in der Technologie-Region K.E.R.N. e. V." zusammengeschlossen.

3.7.3 Planänderungen

Die im Norden der Stadt - angrenzend an das Gewerbegebiet "Rosseer Weg" - im FPL '82 dargestellten und noch verfügbaren gewerblichen Bauflächen in einer Größenordnung von ca. 18 ha werden durch die Planänderung um etwa 12 ha auf 6 ha verringert.

Eine Teilfläche von ca. 3 ha der entfallenden Ausweisung liegt im Bereich nördlich des Gammelbyer Kirchenweges. Damit wird der im Umweltgutachten ausgesprochenen Empfehlung gefolgt, auf eine Erschließung und Bebauung dieses hügeligen Geländes zu verzichten; eine landschaftliche Zerstörung des ökologisch wertvollen Geländes wird vermieden.

Die westlich mit Orientierung zum Gammelbyer Weg geplanten 9 ha gewerblichen Bauflächen werden durch die FPL-Änderung zugunsten einer Flächen-darstellung für ein Gewerbegebiet Süd aufgehoben. Neben der besseren Standortsituation im Süden der Stadt für eine Gewerbeansiedlung ist aus landschaftsplanerischer Sicht die Erhaltung der vorhandenen Knicklandschaft im nördlichen Stadtgebiet von Bedeutung.

Aus städtebaulichen Gründen ist die Standortentscheidung für den südlichen Raum wegen der besseren verkehrlichen Anbindung an das überörtliche Straßennetz und wegen der mit deutlichem Schwerpunkt für diesen Stadtteil vorgegebenen zukünftigen Stadtentwicklung bedeutsam. In diesem Bereich wird mit der Ausweisung neuer Gewerbeflächen auch ein wichtiger Beitrag für die Technologieregion K.E.R.N. geleistet.

3.7.4 Zusätzliche Flächendarstellung

Um dem Bedarf an gewerblichen Bauflächen im Planungszeitraum bis zum Jahr 2006 entsprechen zu können, wird eine zusätzliche Flächenausweisung im südlichen Stadtteilbereich östlich der B 203 in einer Größe von ca. 15,0 ha vorgenommen (Änderungsbereich S 18).

Im Bereich der neu ausgewiesenen gewerblichen Bauflächen kommt die Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben als Gewerbebetriebe im Sinne des § 8 (2) Nr. 1 BauNVO nur nach Maßgabe der Einschränkung des § 11 (3) BauNVO, d. h. unterhalb der Grenze der Großflächigkeit (nach der Rechtsprechung der BVerwG bei etwa 700 m² Verkaufsfläche) in Betracht. Sie sollen außerdem nur ausnahmsweise in räumlichem und funktionalem Zusammenhang mit Gewerbe- und Produktionsbetrieben, also in untergeordneter Funktion, zugelassen werden (§ 1 Abs. 5 BauNVO).

Der städtebauliche Grund für die Planungsvorgabe ist, die Funktionsfähigkeit der zentrumsnahen Versorgungsbereiche und damit die Attraktivität der Innenstadt zu erhalten.

3.7.5 Flächenpotential

Insgesamt sind noch verfügbare gewerbliche Bauflächen plandargestellt:

- Bauflächenreserve (Ziff. 3.7.1)	:	4,48 ha
- Verbleibende Flächen nach Planänderungen (Ziff. 3.7.3)	:	6,00 ha
- Zusätzliche Flächen- darstellung (Ziff. 3.7.4)	:	<u>15,00 ha</u>
GESAMT	:	24,16 ha

zuzüglich 0,25 ha im SSO-Hafen

Die im FPL insgesamt dargestellten gewerblichen Bauflächen umfassen nach der Planänderung ca. 107 ha (bisher 92,0 ha F-Plan-Neufassung 1982, zuzüglich 15,0 ha B-Plan 36 gem. Ziff. 3.7.4). Das ergibt einen Flächenanteil von etwa 43 m²/EW. Ein Richtwert, der gegenüber der Neufassung des FPL 1982 (35 m²/EW) einer zukunftsorientierten Verstärkung des Ermittlungsansatzes für die Ausweisung gewerblicher Bauflächen entspricht.

3.8 Veränderung im Bereich der Grünflächendarstellung

3.8.1 Ermittlung der plandarzustellenden Spielflächen

Als Zielwert für den Spielplatzbedarf werden folgende Bedarfszahlen - in Anlehnung an die Richtlinie (I) des Goldenen Planes (der Deutschen Olympischen Gesellschaft) - der rechnerischen Ermittlung zugrundegelegt.

7- bis 12jährige Kinder : Einwohner x 1 m²/EW = Brutto-
(Altersgruppe A/AG.A) spielfläche, Einzugsbereich :
ca. 300 m

13- bis 17jährige Kinder/
Jugendliche : Einwohner x 1,5 m²/EW = Brut-
(Altersgruppe B/AG.B) tospielfläche, Einzugsbereich:
ca. 750 m

Die unter Ziffer 3.4.3 Abs. 1 prognostizierte
Einwohnerzahl von 25.000 EW verteilt sich auf
die einzelnen Stadtteilbereiche wie folgt:

Stadtteilbereich Nord (N)	:	EW	11.550
Stadtteilbereich Mitte (M)	:	EW	2.400
Stadtteilbereich Süd (S)	:	EW	11.050

Die Anzahl und der Flächenbedarf der erforder-
lichen Spielplätze ergibt sich aus der nach-
folgenden Tabelle. Als Mindestspielplatzflä-
chen wurden für die AG.A : 1.000 m², für die
AG.B : 2.500 m² angenommen.

Stadtteil (Bedarf m ² gesamt)	Altersgruppe A/7-12 J.		Altersgruppe B/13-17 J.	
	Bedarf m ² (EW x 1 m ²)	Anzahl	Bedarf m ² (EW x 1,5 m ²)	Anzahl
Nord (28.700)	11.550	12	17.325	7
Mitte (5.825)	2.400	2	3.600	2
Süd (27.485)	11.050	11	16.575	6
Gesamt: (62.000)	25.000	25	37.500	15

Um diesem Bedarf zu entsprechen, sind insge-
samt plandargestellt (s. Karte 4):

A) Stadtteilbereich Nord:

Lagebezeichnung	Fläche m ²		Altersgruppen	
	geplant	vorhanden	AG.A	AG.B
<u>Im Geltungsbereich der unveränderten Darstellungen:</u>				
Flensburger Straße (1)	2.500	1.000	1	1
Baugebiet Püschwinkel BPL 19/2 (N1)	-----	1.500	1	-
Kurt-Pohle-Straße (3)	-----	2.900	1	-
Bystedtredder (4)	1.500	-----	1	-
Holweg (5)	-----	500	-	-
Bgm.-Heldman-Str. (6)	1.000	-----	1	-
Schleswiger Straße/ Johann-Hinrich-Fehrs-Weg (7)	-----	2.500	-	1
Danziger Straße (8)	-----	2.200	1	-
Pillauer Straße (9)	-----	1.500	1	-
Riesebyer Straße/ Norderstraße (10)	-----	800	-	-
Saxtorfer Weg (11)	-----	2.500	-	1
Riesebyer Straße (12)	-----	2.500	1	-
Baugebiet "Feldweg" (14)	-----	2.500	1	-
Prinzenstraße (16)	-----	2.500	1	-
Doroteenstraße (17)	-----	3.500	1	1
Letzte Pappel (18)	1.000	2.000	1	1
Norderstraße (N 2)	1.000	-----	1	-
<u>Im Geltungsbereich der Änderungen:</u>				
Baugebiet "Schleswiger Straße" (2)	3.500	-----	1	1
Baugebiet "Grasholz" (I)	1.000	-----	1	-
Baugebiet "Riesebyer Straße Ost" (II)	1.000	-----	1	-
Nord gesamt	12.500	28.400	16	6

ANMERKUNGEN: Durch die Änderung der Neufassung des FPL 1982 sind folgende Darstellungen entfallen:

Borbytal (13)	3.500	-----	1	1
Baugebiet "Nord" (15)	2.500	-----	-	1

B) Stadtteilbereich Mitte:

Lagebezeichnung

	Fläche m ²		Altersgruppen	
	geplant	vorhanden	AG.A	AG.B
<u>Im Geltungsbereich der unveränderten Darstellungen:</u>				
Grüner Weg (20)	-----	2.000	1	-
Jungfernstieg/Am Dang (21)	-----	1.000	1	-
Kurstrand/Preußer- straße (22)	-----	1.000	1	-
Kakabellenweg (23)	-----	4.000	-	1
- anteilige Fläche -	-----	4.000	-	1
<u>Im Geltungsbereich der Änderungen:</u>				
Baugebiet "Pferde- markt/Burgwall" (19)	1.000	-----	1	-
Mitte gesamt:	1.000	8.000	4	1

ANMERKUNGEN: Durch die Änderung der Neufassung des FPL 1982 ist folgende Darstellung entfallen:

Baugebiet "Pferde- markt/Burgwall" (19)	-----	2.500	-	1
--	-------	-------	---	---

C) Stadtteilbereich Süd:

Im Geltungsbereich der unveränderten Darstellungen:

Kakabellenweg (23)	-----	4.000	-	1
- anteilige Fläche -	-----	1.000	1	-
Bgm.-Jahn-Weg (24)	-----	1.000	1	-
Baugebiet "Wulfsteert" (26.1-26.4.)	-----	4.000	4	-
Erholungsgebiet "Wulfsteert" (25.3.-25.5.)	-----	4.000	1	2
Nettelbeckstraße (27)	1.000	-----	1	-
Krumland (28)	-----	1.000	1	-
Hässleholm (30)	-----	1.200	1	-
Wilhelm-Lehmann- Straße (31)	-----	700	-	-

Im Geltungsbereich der Änderungen bzw. Ergänzungen:

Osterrade (29.1.+29.2.)	-----	6.000	1	2
Baugebiet "Schiefkoppel" (III)	3.500	-----	1	1
Baugebiet "Domslandmoor" (IV)	3.500	-----	1	1
+ (V)	1.000	-----	1	-
<hr/>				
Süd insgesamt:	9.000	21.900	13	7

ANMERKUNGEN: Durch die Änderung der Neufassung des FPL 1982 sind folgende Darstellungen entfallen:

Erholungsgebiet "Wulfsteert" (25.1.+25.2.)	4.500	-----	2	1
Osterrade (29.3.)	2.500	-----	-	1

HINWEIS: Die Ordnungsziffer hinter der Lagebezeichnung entspricht der Numerierung in der Planausfertigung.

D) Gegenüberstellung: BEDARF/PLANUNG

Stadtteil	Bedarfsermittlung		Plandarstellung			
	gesamt m ²	Anzahl		gesamt m ²	Anzahl	
		AG.A	AG.B		AG.A	AG.B
Nord	28.875	12	7	40.900	16 (+4)	6 (-1)
Mitte	6.000	2	2	9.000	4 (+2)	1 (-1)
Süd	27.625	11	6	30.900	13 (+2)	7 (+1)
<hr/>						
Gesamt	62.500	25	15	80.800	33 (+8)	14 (-1)

E) Schlußbetrachtung

Die insgesamt erforderlichen Spielplatzflächen in einer Größenordnung von ca. 62.125 m² werden durch die Pflanzdarstellungen (80.800 m² abgedeckt).

Die im Stadtteilbereich Nord im Vergleich zur Bedarfsermittlung fehlende Fläche für die AG.B wird durch die Nutzungsmöglichkeit der vorhandenen Schulsportanlagen der Gudewerdt-Realschule und der Fritz-Reuter-Schule wirksam ausgeglichen.

Der Ausgleich für den Fehlbedarf an Spielflächen für die AG.B in der Stadtmitte ist durch den Schulsportplatz der Pestalozzischule am Schulweg - Skateboardanlage und Rollschuhbahn - und durch die der Innenstadt vorgelagerten ausgedehnten Strandflächen gegeben.

Seit über 20 Jahren werden für die AG.A im gesamten Stadtgebiet die Pausenhofflächen der Schulanlagen außerhalb der Unterrichtszeit für das Spielen offen gehalten. Dadurch wird vor allem der außerhalb der KSP-Einzugsbereiche liegende Teil der Innenstadt begünstigt.

Für das Erwachsenenspiel wird im Durchschnitt 1 m²/EW Spielfläche gerechnet. Für die Stadt Eckernförde ergibt das bei 25.000 EW einen Bedarf von 2,5 ha Bruttospielfläche. Die ohne Flächenangabe im FPL dargestellten Erwachsenenspielflächen in einer Größe von ca. 1,40 ha in den Änderungsbereichen Möhlwischtal, Sandkrug, Borbytal und Wulfsteert werden aufgehoben. Die verbleibenden Darstellungen umfassen ca. 1,60 ha. Als Ausgleich für die fehlenden 0,90 ha dienen die Flächen der vier Sportplatzanlagen im Stadtgebiet.

3.8.2 Nachweis der plandargestellten Kleingarten- flächen

(1) Planerischer Ist-Zustand (FPL-Neufassung
'82)

<u>Bezeichnung der Kleingartenkolonie</u>	<u>Größe in ha</u>
<u>Stadtteil Nord</u>	
Püschewinkel	1,359
Steenbarg	2,026
Küsterkoppel	2,440
Steenbeck	3,007
Ekholt	1,850
Hemmelmark	1,027
Abendfrieden	2,214
Wörmbke	1,285
Pupke und Pferdemarkt (2,109 ha-0,200 ha südlich des Fußweges)	1,909
Costa Nora	1,158
Heintze - Büll	0,720
<u>Stadtteil Mitte</u>	
Süderhake I (3,040 ha-0,750 ha nördlich Schulweg, - 0,500 ha südlich Schulweg, + 1,060 ha vorge- sehene Erweiterung)	2,850
Süderhake II	5,150

Stadtteil Süd

HINWEIS: Die Fläche der Klein-
gartenkolonie "Windeby" mit ins-
gesamt 4,200 ha ist als Darstel-
lung in der FPL-Neufassung '82
nicht mehr ausgewiesen.

Wilhelmsthal I (Krumland)	2,444
Otte	2,756
Wilhelmsthal II (Sauerstraße)	0,610
Domsland (Rendsburger Straße) (HINWEIS: Geplante Kleingarten- fläche südwestlich des Baugebietes "Wulfsteert")	6,500

Gesamtflächenausweisung bisher:

Stadtteil Nord:	18,995 ha
Mitte:	8,000 ha
Süd:	<u>12,310 ha</u>
GESAMT:	<u>39,305 ha</u> =====

Die geringe Abweichung gegenüber der Aufstellung im Erläuterungsbericht zur FPL-Neufassung '82 (Seite 23) von 0,086 ha ist auf die zwischenzeitlich erfolgte Vermessung und damit verbundene genaue Größenbestimmung einiger Flächen zurückzuführen.

Der planerische Ist-Zustand zeigt ein deutliches Übergewicht der ausgewiesenen Flächen zugunsten des nördlichen Stadtteils und folgt damit der ausschließlich in diesem Bereich des Gemeindegebietes ursprünglich erfolgten Ausweisung der zukünftigen Wohnbauflächen.

- (2) Erfassung der tatsächlich kleingärtnerisch genutzten Flächen

<u>Bezeichnung der Kleingartenkolonie</u>	<u>Größe in ha</u>
<u>Stadtteil Nord</u>	
Püschenwinkel	-
Steenbarg	2,026
Küsterkoppel	2,440
Steenbeck	3,007

Ekholt	1,850
Hemmelmark	1,027
Abendfrieden	2,214
Wörmbke	1,285
Pupke und Pferdemarkt	2,109
Costa Nora	1,158
Heintze - Büll	0,720

Stadtteile Mitte

Süderhake I	3,040
Süderhake II	5,150

Stadtteil Süd

Windeby	1,430
Wilhelmsthal I (Krumland)	2,444
Otte	2,756
Wilhelmsthal II (Sauerstraße)	0,610
Domsland (Rendsburger Straße)	-----

Gesamtflächennutzung

Stadtteil Nord:	17,836 ha
Mitte:	8,190 ha
Süd:	<u>7,240 ha</u>
GESAMT:	33,266 ha
	=====

Aus dieser Ermittlung ergibt sich auf der Grundlage einer Einwohnerzahl von 22.553 (31.12.1991) ein Richtwert von 14,75 m² Bruttofläche Kleingartenfläche pro Einwohner. Damit wird die als planerische Vorgabe im Erläuterungsbericht zur FPL-Neufassung 82 genannte Bezugsgröße von 15 m²/Einwohner nahezu bestätigt.

(3) Bedarfsermittlung und Erläuterung der Darstellungsänderungen

In den kommenden Jahren muß die Entwicklung des Kleingartenwesens in unserer Stadt beobachtet und die Ergebnisse zu einer Überprüfung der Planungsvorgabe herangezogen werden. Eine geringe rückläufige Tendenz wird besonders durch die Auswirkungen eines künftigen größeren Anteiles von Eigenheimgrundstücken an den Wohnbauflächen zu erwarten sein.

Die im FPL '82 genannte planerische Vorgabe von 15 m²/EW wird aus diesem Grunde auf 14 m²/EW zurückgenommen.

Ausgehend von der vorgegebenen Einwohnerzahl von 25.000 (2006) und einem Richtwert von 14 m²/EW errechnet sich ein Soll-Bedarf von 35,00 ha.

Nachstehend sind die plandargestellten Flächen aufgelistet und die Veränderungen gegenüber der Ausweisung in der FPL-Neufassung '82 erläutert.

<u>Bezeichnung der Kleingartenkolonie</u>	<u>Größe in ha</u>
<u>Stadtteil Nord</u>	
Püschenwinkel	1.359
Steenbarg	2,026
Küsterkoppel	2,440
Steenbeck	3,007
Ekholt	1,850
Hemmelmark	1,027
Abendfrieden	2,214
Wörmbke	1,285
Pupke und Pferdemarkt	1,909
Costa Nora	-----
(Darstellung entfällt - 1,158 ha -	
Heintze - Büll	0,578
(Darstellung wird um ca. 0,142 ha reduziert)	

Stadtteil Mitte

Süderhake I (Aus der Darstellung von gesamt 2,850 ha entfallen die Teilflä- chen 0,440 ha - bisher genutzt - und 1,060 ha - vorgesehene Er- weiterung	1,350
Süderhake II (Darstellung entfällt - 5,150 ha -)	-----

Stadtteil Süd

Windeby (Erweiterung der bisher genutzten Fläche um ca 0,400 ha)	1,830
Wilhelmsthal I (Krumland)	2,440
Otte	2,756
Wilhelmsthal II (Sauerstraße)	0,610
Domsland (Rendsburger Straße) (Geplante Kleingartenfläche in Verbindung mit dem Gliederungs- grün zwischen dem Baugebiet "Wulfsteert" und den neu aus- gewiesenen Wohnbauflächen. Die Flächenausweisung wurde um 3,000 ha reduziert).	3,500
Broosbyer Koppel (Geplante Neuausweisung)	5,000

Gesamtflächenausweisung Neuplanung:

Stadtteil Nord:	17,695 ha
Mitte:	1,350 ha
Süd:	<u>16,136 ha</u>
GESAMT:	35,181 ha =====

Der Vergleich der Flächenausweisung mit dem ermittelten Sollbedarf ergibt einen Planungsrichtwert von 14,07 m²/Einwohner. Da der Übergang der nicht mehr für eine kleingärtnerische Nutzung ausgewiesenen Flächen in das planerisch vorgegebene Konzept ein sich über viele Jahre erstreckender Prozeß sein wird, ist eine Abweichung in diesem Rahmen von der zur Zeit erkennbaren Bedarfsgröße vertretbar.

Die Reduzierung der Flächendarstellung der sich im Bereich des Landschaftsschutzgebietes und der engeren Uferzone des Windebyer Noores befindlichen Kleingärten - Kolonien "Costa Nora, Heintze-Büll und Süderhake I und II" erfolgt unter Beachtung der Ergebnisse der Umwelterhebung und in Abstimmung mit den Darstellungen Landschaftsplanes für die Stadt Eckernförde. Damit wird aus planerischer Sicht dem hohen landschaftsökologischen Stellenwert dieses Gebietes entsprochen und für die Zukunft eine Nutzung im Sinne einer umweltbewußten Orientierung festgeschrieben.

Es wird davon ausgegangen, daß die dargestellten ca. 35,2 ha Kleingartenflächen den künftigen Bedarf abdecken werden.

3.9 Archäologische Denkmäler

Im Planungsgebiet sind archäologische Denkmäler in das Denkmalsbuch eingetragen und stehen unter Denkmalschutz (§§ 5 und 6 DSchG).

<u>Nr. des Denkmalsbuches</u>	<u>Kurzbezeichnung</u>
1	Grabhügel

Alle Maßnahmen, Bauvorhaben und Eingriffe, die archäologische Denkmäler gefährden oder ihre Umgebung beeinträchtigen, bedürfen der Genehmigung der Denkmalschutzbehörden (§ 9 DSchG). Die rechtswidrige Beschädigung oder Zerstörung dieser Denkmäler ist strafbar (§ 304 StGB).

Im Planungsgebiet sind außerdem nachstehende archäologische Denkmäler bekannt, die als wichtige archäologische Quellen erhaltenswert sind (s. a. Übersichtsplan, Seite FPL/1 -45b-):

Nr. der Landesaufnahme, Kurzbezeichnung

Stadtkernarchäologie:

1	Stadtbäckerei 13. Jhdt.
2	Strandwall 16./17. Jhdt., Estrich
3	Mittelalterbefund
4	Strandwall 18. Jhdt.
5	Gebäude 18. Jhdt.
6	Abfallschichten auf Strandwall
7	Mittelalterbefund
8	Brunnen des Mittelalters

Nr. der Landesaufnahme, Kurzbezeichnung**Landesaufnahme Nr.:**

- 2,7 Siedlungen
 X Muschelabfallhaufen am Nordwestufer des Windebyer Noores
 X Archäologisches Interessengebiet (Kopfende des Osterwalles) (RD 1524/10)
 120 Fundgebiet der Moorleiche
 14 Hinweis auf Mittelalter (Kirche Borby)
 15 Hinweis auf Burgwall (Karte des 16. Jhdts.)

Aus Landesaufnahme Goosefeld Nr.:

- 24-26 Grabhügelreste

Burgen bzw. mittelalterliche Siedlungsbereiche, die bei Tiefgründungen und größeren Bauvorhaben beobachtet werden müssen.

Diese Denkmäler sollen nach Möglichkeit erhalten werden. Vor unumgänglichen Maßnahmen, die zu ihrer Zerstörung führen würden, müssen diese Denkmäler durch wissenschaftliche Ausgrabungen untersucht werden.

Bei Gefährdung oder Beeinträchtigung der aufgeführten archäologischen Denkmäler sowie bei Bekanntwerden neuer Funde durch Baumaßnahmen, Erschließungsmaßnahmen und Eingriffe ist das Landesamt für Vor- und Frühgeschichte von Schleswig-Holstein, 2380 Schleswig, Schloß Gottorf, zu benachrichtigen. Der Beginn von Erdarbeiten im Bereich der Denkmäler (Mutterbodenabhub) ist gem. § 14 DSchG mindestens 4 Wochen vorher schriftlich anzuzeigen.

3.10 Baudenkmale und Kulturdenkmale von besonderer Bedeutung gemäß §§ 6 und 6 a Denkmalschutzgesetz des Landes Schleswig-Holstein

Im Stadtgebiet ist eine große Anzahl von Baudenkmalen bzw. Kulturdenkmalen vorhanden, deren Erhaltung gemäß § 1 Abs. 2 DSchG im öffentlichen Interesse liegt. Etliche dieser Kulturdenkmale sind wegen ihrer besonderen Bedeutung aus geschichtlicher, wissenschaftlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Sicht in das Denkmalsbuch des Landes Schleswig-Holstein eingetragen und stehen damit rechtsverbindlich unter Denkmalschutz. Die aktuelle Auflistung der bisher erfaßten Kulturdenkmale (§§ 1 und 5 DSchG) ist beim städtischen Bauamt, bei der Unteren Denkmalschutzbehörde und beim Landesamt für Denkmalpflege einzusehen. Sie wird laufend fortgeschrieben. Bei eingetragenen Kulturdenkmalen bedürfen Instandsetzung, Veränderung oder Vernichtung, die Überführung an einen anderen Ort sowie die Veränderung ihrer Umgebung gem. § 9 DSchG der Genehmigung durch die zuständige Untere Denkmalschutzbehörde bzw. der Zustimmung des Landesamtes für Denkmalpflege. Bei der verbindlichen Bauleitplanung ist § 1 Abs. 5 Satz 4 und 5 BauGB unter Beteiligung der Denkmalschutzbehörden zu berücksichtigen.

4. Erläuterung der Stadttechnik

4.1 Wasserversorgung

Die Brunnen des Wasserwerkes Süd liegen am Kakabel-
lenweg, dem Gebiet, aus dem schon im Mittelalter ei-
ne Wasserleitung aus Holzrohren (Piepen) bis in die
Stadt verlegt war. Es sind 8 Brunnen mit Tauchpumpen
vorhanden, die aus 30 bis 40 m Tiefe Trinkwasser för-
dern. Es können ca. 6.000 m³ pro Tag aufbereitet wer-
den.

Am Ende des Feldweges im nördlichen Siedlungsgebiet
der Stadt liegt das zweite Wasserwerk.

Aus zwei Versorgungsbrunnen können aus ca. 100 m Tie-
fe etwa 6.000 m³ pro Tag entnommen werden. Das Was-
serwerk Nord ist zur Zeit für eine Aufbereitungskapa-
zität von 4.800 m³ pro Tag ausgebaut.

Die Aufbereitungsleistung beider Wasserwerke beträgt
somit zur Zeit ca. 10.800 m³ pro Tag. Die höchste
tägliche Abgabemenge betrug biser ca. 6.500 m³. Die
jährliche Wasserabgabe betrug in den letzten 10 Jah-
ren im Durchschnitt 1.600.000 m³.

Mit einer wesentlichen Steigerung der Wasserabgabe
ist in den nächsten 15 Jahren nicht zu rechnen, da
sich die Bevölkerung umweltbewußter verhält und den
Wasserverbrauch gezielter dem Haushaltsbedarf anpaßt.
Gestiegene Entsorgungskosten und zu erwartende Struk-
turänderungen im Bundeswehrbereich werden ebenfalls
einer Steigerung des Wasserverbrauches entgegenwirken.
Der Trinkwasserverbrauch wurde 1990 mit 180 Liter
pro Einwohner und Tag ermittelt. In den Jahren zwis-
schen 1970 und 1980 betrug dieser Durchschnittswert
noch 250 Liter.

Über das Wasserhauptrohrnetz kann der Bedarf an Trinkwasser im Stadtgebiet auch zukünftig in ausreichender Menge bereitgestellt werden. Lediglich der Bau eines Reinwasserbehälters mit einem Fassungsvermögen von mindestens 2.000 m³ im Bereich des Wasserwerkes Süd wird in den nächsten Jahren durchzuführen sein.

4.2 Stromversorgung

Im Jahre 1912 errichtete die Stadt am Bornbrook ihr eigenes Elektrizitätswerk. 1936 erfolgte der Abschluß eines Strombezugsvertrages mit der Schleswig. Im Stadtgebiet befinden sich 2 Einspeisestationen, eine im Norden - an der Pillauer Straße - und eine im Süden - an der Rendsburger Straße -, in denen die elektrische Energie mit einer Spannung von 20.000 V von der Schleswig übernommen wird. Das 20.000 V Mittelspannungsnetz und das 400/230 V Niederspannungsnetz sind in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut und erweitert worden.

Der Bedarf an elektrischer Energie ist in den letzten 10 Jahren stetig von 55.000 MWh auf 65.000 MWh angestiegen. Für die nächsten 15 Jahre wird mit einer Steigerung von 1 % pro Jahr gerechnet. Dies ergibt im Jahre 2006 einen Energieabsatz von ca. 75.000 MWh. Durch die Anwendung energiesparender Geräte in Haushalt und Gewerbe und die Neugestaltung der Elektrizitäts-Tarife kann diese Prognose trotz steigender Haushaltszahlen als gesichert angesehen werden.

4.3 Gasversorgung

Ältester Versorgungsbetrieb ist das 1860 erbaute Gaswerk, welches 1923 unter Beteiligung der Stadt in die "Gaswerke Eckernförde GmbH" umgewandelt und 1956 in die "Stadtwerke Eckernförde" übernommen wurde. Die Versorgung in eigener Regie wurde 1946 eingestellt und durch den Bezug von Ferngas aus Kiel ersetzt. Im Jahre 1975 wurde auf Erdgas L und im Herbst 1978 auf Erdgas H umgestellt.

Der Erdgasverbrauch ist in den letzten 10 Jahren stetig von 105 Mio. kWh auf 170 Mio. kWh angestiegen. Die Steigerung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß verstärkt öffentliche Gebäude und Großabnehmer ihre Heizungen von Öl- auf Gasbetrieb umgestellt haben. Auch haben in Neubaugebieten die Bauträger beinahe vollständig ihre Heizungen mit Erdgasbetrieb ausgestattet. Im Jahre 1991 wurde das Blockheizkraftwerk "Bornbrook" in Betrieb genommen. Eine erhebliche Steigerungsrate des Erdgasverbrauchs in den Jahren 1990 und 1991 ist auf umweltbewußteres Verbraucherverhalten zurückzuführen, da viele Bürger - u. a. auch aus steuerlichen Gründen - von Ölheizung auf Gas-Brennwerttechnik umgestellt haben.

Für die nächsten 15 Jahre wird mit einer leicht steigenden Gasabgabe von 1,5 % pro Jahr durch die Substitution von heizölbetriebenen Heizungsanlagen gerechnet. Dies ergibt im Jahre 2006 einen Verbrauch von ca. 198 Mio. kWh.

Für die geplante Umstellung der Heizungsanlage und die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes auf dem Gelände der Marinewaffenschule "Am Ort" kann ausreichend Gas bereitgestellt werden.

4.4 Abwasserbeseitigung

Schon in den Jahren 1941-1943 gab es Pläne zum Ausbau eines neuen Kanalnetzes für das gesamte Stadtgebiet. Kriegs- und erste Nachkriegszeiten führten jedoch dazu, daß mit der Durchführung der Pläne erst 1953 begonnen wurde. Von Anfang an hatte sich die Stadt für die Anlage eines Trennsystems entschieden, mit parallel verlaufenden Schmutz- und Regenwasserkämen. Während die Regenwasserkanalisation das anfallende Niederschlagswasser über Sandfänge mit Ölabscheider direkt den Vorflutern zuleitet, wird das Schmutzwasser in einem Klärwerk gereinigt und dann in die Ostsee als Vorfluter eingeleitet.

Das städtische Kanalnetz hat heute eine Länge von ca. 60 km je Kanalsystem. Die Regenwasserkanalisation wurde in den vergangenen Jahren um Rückhaltebecken mit pflanzlicher, biologischer Reinigung ergänzt; weitere Teiche sind vorgesehen. Der Ausbau des Klärwerkes vollzog sich in mehreren Stufen. Die erste mechanisch-biologische Stufe war für 20.000 EGW ausgelegt; sie wurde 1970 um einen Faulturm, einen Faulgasbehälter, ein Schlammsilo und eine Siebbandpresse ergänzt.

Eine wesentliche Überarbeitung erfuhr das Klärwerk 1977/78. Die vorhandenen Tropfkörper wurden zu belüfteten Belebungsbecken umgebaut, die Endreinigung sollte ein neues Nachklärbecken mit 3 Kammern übernehmen. Die Anlage war rechnerisch auf 58.000 EGW ausgelegt. Die sich abzeichnende Verschärfung des Abwasserrechts führte Mitte der 80iger Jahre zu einer generellen Überplanung des Klärwerkes; der Ausbau erfolgte 1988/89. Die Anlage entspricht dem neuesten Stand der Klärtechnik. Mit Nitrifikation, Denitrifikation, Phosphatfällung, Flotation und Filtration wird ein Höchstmaß an Abwasserreinigung erreicht.

Die Schlammbehandlung erfolgt über 2 Faultürme mit Gasglocke; der ausgefaulte Schlamm wird über einen Dekanter entwässert und dann der Mülldeponie zugeführt.

Das Klärwerk ist auf 35.000 EGW ausgelegt und mit geringem Aufwand auf 45.000 EGW erweiterbar.

4.5 Abfallbeseitigung/Wiederverwertung

Träger der Abfallbeseitigung ist der Kreis Rendsburg-Eckernförde. Die Stadt Eckernförde wird als sogenannter Dritter nach dem Abfallgesetz tätig. Ihr obliegt vertraglich das Einsammeln und Befördern des Abfalls zur Deponie nach Duvenstedt. Die Stadt ist weiterhin gem. vertraglicher Regelung für die technische Durchführung des Einsammelns und Beförderns der Wertstoffe zuständig.

Seit Juli 1987 wird im Stadtgebiet das Erfassungssystem "Abfallbehälter plus Wertstoffsack" praktiziert. D. h., zu den üblichen Abfallbehältern werden zusätzlich an die Haushalte Wertstoffsäcke verteilt. Die Wertstoffsäcke werden durch die Haushalte mit Papier, Glas, Metall und ab 01.01.1990 mit Kunststoffen gefüllt. Der Inhalt der Säcke wird der Wiederverwertung zugeführt.

Das Volumen des Hausmülls betrug in den Jahren 1987 bis 1989 durchschnittlich 8.650 Tonnen (zum Vergleich: Hausmüllvolumen 1991 = 8.552,22 t). Während des Zeitraumes 1987-1989 wurden durchschnittlich 1.765 Tonnen Wertstoffe eingesammelt. Die Recycling-Quote liegt durchschnittlich bei rd. 20 %.

5. Anhang

5.1 Gesetze und Verordnungen

- Baugesetzbuch (BauGB)
in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986
Fundstellen: Flächennutzungsplan (FPL)
§§ 1, 5 BauGB
Bebauungsplan (BPL)
§§ 8, 9 BauGB

- Baunutzungsverordnung (BauNVO)
in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990
Fundstellen: Wohnbauflächen (W)
§ 1 (1), §§ 3, 4, 4 a BauNVO
Gemischte Bauflächen (M)
§ 1 (1), §§ 6, 7 BauNVO
Gewerbliche Bauflächen (G)
§ 1 (1), §§ 8, 9 BauNVO
Sonderbauflächen (S)
§ 1 (1), §§ 10, 11 BauNVO

5.2 Raumordnungs- und Regionalplanung

- Landesraumordnungsplan (LROPL) 1979
Fundstellen: Zentrale Orte
Ziff. 5.21 LROPL
Mittelzentrum
Ziff. 5.24 LROPL

- Regionalplan (RPL) 1975/86 für den Planungsraum III
Fundstellen: Räumliche Gliederung
Ziff. 3 RPL
Siedlungsstruktur
Ziff. 5 RPL

5.3 Abkürzungen

BauGB	:	Baugesetzbuch
BauNVO	:	Baunutzungsverordnung
PlanzVO	:	Planzeichenverordnung
DSchG	:	Denkmalschutzgesetz
LPflegG	:	Landschaftspflegegesetz
LROPL	:	Landesraumordnungsplan
RPL	:	Regionalplan
FPL	:	Flächennutzungsplan
BPL	:	Bebauungsplan
W	:	Wohnbauflächen
WR	:	Reine Wohngebiete
WA	:	Allgemeine Wohngebiete
M	:	Gemischte Bauflächen
MI	:	Mischgebiete
MK	:	Kerngebiete
G	:	Gewerbliche Bauflächen
GE	:	Gewerbegebiete
GI	:	Industriegebiete
S	:	Sonderbauflächen
SO	:	Sondergebiete
WE	:	Wohneinheit
EW	:	Einwohner
EW/WE	:	Belegungsziffer
WE/ha	:	Bruttowohnungsdichte
EW/ha	:	Nettowohndichte
GFZ	:	Geschoßflächenzahl
AG.A	:	Altersgruppe A (7-12 J.)
AG.B	:	Altersgruppe B (13-17 J.)
GTL	:	Gemeindeteil
EGW	:	Einwohnergleichwert

6. Auflistung der dem Erläuterungsbericht beigefügten Pläne

- Karte 1 (Nord + Süd)
Bauflächenreserve

- Karte 2
Gliederung des Stadtgebietes

- Karte 3 (Nord + Süd)
Einwohnerverteilung (Bestand)

- Karte 4 (Nord + Süd)
Kinderspielplatzplan

- Karte 5 (Nord + Süd)
Einwohnerverteilung (Planung)